

Ressort: Politik

Linke wollen Chef der EU-Grenzschutzagentur in Bundestag zitieren

Berlin, 12.10.2013, 22:30 Uhr

GDN - In der Debatte um Konsequenzen aus den Flüchtlingskatastrophen gerät zunehmend die Arbeit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex in den Fokus. "Ich bin dafür dass der Bundestag den Frontex-Direktor Gil Aria zum Rapport vorlädt. Wir wollen jetzt umgehend belastbare Angaben zur Zahl der Opfer des EU-Grenzregimes haben", sagte Linksparteichefin Katja Kipping "Handelsblatt-Online".

"Es drängt sich der Verdacht auf, dass mit Duldung oder sogar Beihilfe der EU-Staatengemeinde Menschen zu Tode kommen." Kipping zeigte sich erschüttert über die neuerliche Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer mit Dutzenden Toten. "Das Mittelmeer wird zum Friedhof", sagte die Linke-Chefin. "Ein Grenzregime, das Menschenleben fordert, muss fallen." Der Grünen-Menschenrechtspolitiker Volker Beck forderte einen Richtungswechsel bei Frontex. "Wir wollen eine gemeinsame Grenzpolitik der EU, welche die rechtlichen Normen Europas wahrt, die Menschenrechte garantiert, das Recht auf Asyl durchsetzt und Flüchtlinge aus Seenot rettet. Das Mandat von Frontex gehört daher endlich auf den Prüfstand", sagte Beck "Handelsblatt-Online". "Statt ausschließlicher Grenzsicherung muss die Seenotrettung in den Mittelpunkt." Ein paar mehr Rettungsboote, wie von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström gefordert, seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Kipping äußerte überdies scharfe Kritik an der Flüchtlingspolitik von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). "Wenn man unserem Innenminister so zuhört, dann könnte man auf den Verdacht kommen, dass er mit Armut und Todesgefahr ganz bewusst Flüchtlinge abschrecken will", sagte die Linke-Chefin. "Das ist derselbe gefährliche Weg, der vor 21 Jahren in Rostock-Lichtenhagen geendet hat." Im August 1992 war es in Rostock-Lichtenhagen zu rassistisch motivierten Ausschreitungen gekommen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-23289/linke-wollen-chef-der-eu-grenzschutzagentur-in-bundestag-zitieren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619